

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

362 (7.8.1917) Mittagsblatt

Eine gewisse Ähnlichkeit des inneren Erlebens Chinas und Russlands ist ja unverkennbar — trotz der großen Verschiedenheit der Kulturstandpunkte beider Staaten. In China wie in Russland haben wir eine Zusammenhäufung einander fremder, oder gar feindlicher Stämme, die nach Trennung von einander streben. Die jüngste Revolte der Militärgouverneure hat zu einer Wiederbelebung des alten Gegenfases zwischen Nord- und Mittelasien gegen Südasien geführt. Diese Spaltung des chinesischen Reiches tritt immer wieder zutage, ob nun die inneren Unruhen von einer Revolution des Südens, oder von einer Auflehnung des Nordens ausgehen. Die frühere Geschlossenheit des Einheitsreiches, wie er unter der Kaiserherrschaft bestand, ist auf jeden Fall dahin. Das macht die Schwäche für China um so bedenklicher, weil diesem Reich schon seit langem die militärische Stärke gegenüber der Vorgehlichkeit eines weit überlegenen Nachbarn fehlt. China hat seit der Niederlage, die ihm Japan in den 90er Jahren des verflochtenen Jahrhunderts bereitet hat, auf eine zielbewusste Eigenpolitik nach Außen verzichtet. Es begnügte sich mit einer reinen Verteidigungspolitik, und beschränkte sich auf Schutzelpolitik zwischen den Mächten, denen an seiner Erhaltung gelegen war, und denen, die ihm ein Gebietsstück nach dem anderen abzunähmen suchten. Gerade China gegenüber hat Russland während der ganzen Dauer der Jarenherrschaft beständig an dem Angriffscharakter seiner Politik festgehalten. Es fühlte sich seit seiner Niederlage bei Nudon Japan weisensverwandt, und es hat noch am 9. Juli 1916 mit der Regierung des Mikado ein Abkommen getroffen, das doch im Grunde nichts anderes bedeutet, als einen Vorbehalt, Japan für eine russische und japanische Interessensphäre zu erklären, aus der jeder fremdländische Anspruch ausgeschlossen wurde. So ist denn auch der Zuliefertrag zuletzt überall als ein Schutz- und Trutzbündnis Russlands und Japans gegen amerikanisch-englische Bemühungen aufgefaßt worden, die auf eine Erhaltung des Gebietsumfanges des chinesischen Reiches abzielen könnten.

Die russenfreundliche und chineisenfeindliche Politik Japans war für dieses nur ein Mittel jenes Ausdehnungsbestrebens, als dessen Ziel ich wiederholt die Errichtung eines skandinavisch-nordpazifischen Weltreiches bezeichnet habe. Japan hat den Weltkrieg mit großer Folgerichtigkeit und Entschlossenheit benutzt, um sich zunächst einmal die wirtschaftlichen Grundlagen für eine solche Ausdehnungspolitik zu sichern. Es hat sich durch die Verlagerung an seine Verbündeten zu einer nicht zu verachtenden Weltmacht erhoben. Nach der „Mabi“ betragen die japanischen Goldreserven im Ausland in der ersten Hälfte des vorigen Jahres schon 1176 Millionen Mark. Die japanische Einfuhr hatte in dem ersten Jahrzehnt nach dem Krieg mit Russland seinen Wert um fast das Dreifache erhöht. Den Weltkrieg benutzte Japan, um aus dem nördlichen Teil des Großen Ozeans auf die Märkte der südlichen Hälfte dieses Meeres und bis nach Indien mit seinen Waren vorzudringen. Diese wirtschaftliche Offensive wurde dadurch unterstützt, daß sich die japanische Schifffahrt fast zur Alleinherrscherin im Stillen Ozean ausbildete. Gleichzeitig machte die Kolonisation Japans ganz beträchtliche Fortschritte. Sie führte gelbe Arbeiter nicht bloß nach der Westküste Südamerikas, sondern steigerte die Einfuhr japanischer Arbeitskräfte in Brasilien, wohin ebenso wie nach Argentinien die Datsa-Handelsgesellschaft eine eigene Dampferverbindung in diesem Jahre einrichtete, allein im Staate Paulo innerhalb des Jahres 1916 von 8000 und 16 000 Mann. Auf dem ostasiatischen Festland hat das „Inkereich“ in Korea im letzten Jahr fünf nach der „Financial Times“ vom 29. März den Wert der Erzeugnisse mehr als verdoppelt. Schon heute ist das ganze ostsibirische Gebiet bis Chabin wirtschaftlich von den Japanern durchdrungen, wie Wolfgang Sarge dieser Tage auf Grund Stockholmer Mitteilungen feststellen konnte, und mit berechtigter Angst rief: „Kuhls Inwald“ im Mai dieses Jahres „Der Weg bis zum Ural steht Japan offen!“

Denn das ist nun die große Frage der Zukunft, wie sich Russlands Verhältnis zu Japan gestalten wird. In Tokio scheint man sich zu überlegen, ob das Bündnis mit dem ehemaligen Jarenreich noch einen Wert für das ostasiatische Inkereich hat. Zwar tragen alle Nachrichten, die hierüber laut werden, einen hörbar englischen Akzent. Aber man kann es bei dem Charakter der japanischen Politik, die immer gern zwei Feuer im Eisen gehabt hat, verstehen, wenn die Regierung des Mikado neben dem russisch-japanischen Jultabkommen, dessen Spitze sich gegen Amerika-England richtet, noch eine Sicherung gegen den Verlust der russischen Bündnisfähigkeit ins Auge faßt, falls die Revolution zu einem Zerfall des russischen Einheitsreiches führen sollte.

Aber hat Japan auf die Verschlingung der chinesischen Leute keinesfalls verzichtet, und die Stockholmer „Nya Dagligt Allehanda“ hat auch Anfangs Juni einen Aufsatz aus dem „Nineteenth Century“ übernommen, in dem der Schriftsteller Fremden der Besorgnis vor den westlich-ostasiatischen Ausbreitungstendenzen Japans Ausdruck gibt, und die Schöpfung eines ellamerikanischen Bollwerks befürwortet, der mit England einen gegen Japan gerichteten Handelsvertrag abschließen solle. Das Stockholmer Blatt gibt dabei die Ansicht eines amerikanischen Diplomaten wieder, daß Amerika danach strebe, China gegen Japan zu stärken, und dabei auf Grund mündlicher Zusicherungen der Unterstützung Englands sicher sei. In Erkenntnis dieser Lage sucht Japan, des Bestandes eines revolutionären Russlands keineswegs völlig sicher, einen Kontakt mit Amerika-England offensichtlich hinauszuweisen, bis der Ausgang des Weltkrieges über die künftige Machtstellung Deutschlands, des etwaigen Bundesgenossen von morgen, klare Antwort gegeben hat. Mit Bestimmtheit versicherten sich auf der letzten parlamentarischen Konferenz in Rom der englische Minister Lord Cecil und der dortige japanische Botschafter des festhalten am bestehenden Bündnis. Ingleich wurde allerlei über einen britisch-japanischen Vertrag zur Aufteilung Russlands gemunkelt, falls dieses seiner Bündnispflicht nicht mehr nachkommen sollte oder könnte. Es muß Japan daran liegen, wenn die Besetzung Russlands fortgeschritten ist, in seinem Rücken sich ein Glacis auf sibirischen Boden geschaffen zu haben, sobald der Gegenangriff mit Amerika in der chinesischen Frage einmal zum Austrag gebracht werden muß. („Deutscher Dienst.“)

Eine peinliche Anfrage im englischen Unterhaus.
W.B. Bern, 6. Aug. Der Abgeordnete Lees Smith befragte im Unterhaus am 1. August den Staatssekretär des Reichens, ob das Ministerium amtlich oder nicht amtlich von der zwischen Frankreich und Russland bestehenden Abmachung oder Verständigung Kenntnis habe, nach der Deutschland im Falle des Sieges der Ententemächte abgesehen von Elsaß-Lothringen irgend welcher Gebietssteile auf dem Westufer des Rheins beraubt werden sollte. Walfour antwortete: Ich habe keine Nachricht, von dem was in der Presse erdichten ist. Lees Smith fragte weiter: Die Wichtigkeit der von Ribot getrieben ist, der Deputiertenkommission abgebenen Erklärungen angenommen, würde das nicht bedeuten, daß die Abicht besteht, Gebietssteile zu nehmen, die durch Generationen hindurch von Leuten bewohnt wurden, welche... Der Redner wurde hier von dem Vorsitzenden mit der Bemerkung unterbrochen, daß das Sache der französischen Kammer sei.

Um die Diktatur Kerenskis.

Kerenskis Rücktrittsgejud.

W.B. Petersburg, 6. Aug. (Petersb. Tel.-Ag.) Kerenskis veröffentlichte folgende Erklärung:
Angeichts der offensibaren Unmöglichkeit mittels gegenseitiger Verständigung zwischen den verschiedenen politischen Strömungen, den Sozialisten wie Nichtsozialisten eine kraftvolle revolutionäre Macht zu schaffen, wie sie der gegenwärtige drohende Augenblick erfordert, habe ich mich gezwungen gesehen, zurückzutreten. Eine Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten Sozialisten, Demokraten und Liberalen Parteien am 8. August hatte nach längeren Erörterungen das Ergebnis, daß die in der Konferenz vertretenen Parteien beschlossen, mir die Aufgabe der Umbildung des Kabinetts zu übertragen. Da ich es für unmöglich halte, unter den gegenwärtigen Umständen, wo die äußere Niederlage und der innere Zerfall das Land bedrohen, mich der mir anvertrauten schweren Pflicht zu entziehen, betrachte ich diese Pflicht als ausdrücklichen Befehl des Landes, in möglichst kurzer Frist und allen etwa sich ergebenden Hindernissen zum Trotz, eine kraftvolle revolutionäre Macht zu schaffen. Ich gebe die Lösung dieser Aufgabe auf meine unabänderliche Ueberzeugung zu stützen, daß das Wohl des Vaterlandes und der Republik den Verzicht auf Parteizugehörigkeit und volle Selbstverleugung aller russischen Bürger verlangt unter Bedingungen und Verhältnissen, die durch die harte Notwendigkeit, Krieg zu führen, die Kampffähigkeit des Heeres zu erhalten und die wirtschaftliche Stärke des Staates wieder herzustellen, gebieterisch vorgeschrieben sind. Da ich zur Regierung gehöre von der ersten Stunde an, wo die Macht in die Hände des Volkes überging, halte ich es für unerlässlich, bei der Umbildung der Regierung, mich auf die nach und nach von ihr ausgebildet und in ihren Erklärungen ausgesprochenen Grundgedanken zu stützen. Gleichzeitig halte ich es in meiner Eigenschaft als Regierungsoberhaupt für unerlässlich, eine Veränderung in der Ordnung und Verteilung der Regierungsarbeiten einzuführen, da ich es nicht für am Platz halte, mich durch die Einwirkung hindern zu lassen, daß diese Veränderungen meine Verantwortlichkeit hinsichtlich der höchsten Aufgaben des Staates erhöhen wird.

Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers.

O Amsterd., 6. Aug. Der Stockholmer Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblat“ erfährt von gut unterrichteter russischer Seite, daß der Landwirtschaftsminister Tschernom seine Entlassung angeht habe. Das Kabinett habe die Demission angenommen. Der Abgang Tschernoms sei ein neuer Sieg der Kadetten.

Die Verfolgung Lenins.

O Petersburg, 6. Aug. In den Zeitungen veröffentlicht der Staatsanwalt des Sauphgerichts Hofes von Petersburg einige Angaben über die Ursachen, die die Behörden dazu gezwungen hätten, Lenin und seine Parteigänger und Anhänger, vor allem Kogolowski, Karube, Gurevich und Sumamsen, sowie den Urheber der Kronstädter Meutereien, Katsche, und andere marginalistische Sozialisten zu verfolgen. Alle diese Personen sind, sagt der Staatsanwalt, des Hochverrats und der Anstiftung zur Revolte angeklagt, denn es ist erwiesen, daß sie, obwohl russische Bürger, in verbotenen Beziehungen zu Agenten der Ausland feindlichen Mächde eingetreten sind und zusammen mit ihnen die russische Armee und das Land hinter der Front zu desorganisieren. In diesem Zweck entwickelten sie mit den von den erwähnten Agenten erhaltenen Geldern eine Propaganda unter der Beauftragung und den Truppen, indem sie diese anstifteten, dem Kampfwehrl nicht zu gehören. Außerdem werden sie angeklagt, in Petersburg zum gleichen Zweck am 18. Juli eine bewaffnete Erhebung gegen die Regierung organisiert zu haben, die voll zahlreicher Anschläge, Gewalttatte und Verhaftungsverfugungen von Mitgliedern der Regierung begleitet war. Alle diese Sandlungen hatten zur Folge, daß gewisse militärische Einheiten sich weigerten, gegen den Feind zu marschieren, was die Operationen der feindlichen Seere erleichterte. Der Staatsanwalt betont u. a., daß die Unteruchung zu dem Ergebnis geführt habe, daß in Russland eine ausgebreitete deutsche Spionageorganisation an der Arbeit sei, und daß gewisse unerschütterliche Tatsachen glauben machen, daß Lenin ein deutscher Agent sei, der nach Russland gehen sollte, um dort in einer Weise vorzugehen, die zum Erfolg Deutschlands im Kampf gegen Russland beitragen. Der Staatsanwalt erklärte, daß die Unteruchung nichts mit den politischen Ansichten der Angeklagten zu tun hatte, da sie eine rein juristische war.

Telegrammwechsel zwischen Hindenburg und dem bulgarischen Generalkommandant Schefow.

W.B. Berlin, 6. Aug. Folgender Telegrammwechsel fand zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem Generalkommandant v. Schefow statt:

An Generalfeldmarschall von Hindenburg. Mit großer Begeisterung verfolgt das bulgarische Heer den Siegesfeldzug der verbündeten deutschen Truppen in Galizien und der Bukowina, und mit Freude begrüßt es jeden ihrer neuen Erfolge. Bei dieser Gelegenheit bitte ich Ev. Erzengel, zu diesen für die verbündeten Völker so glänzenden Siegen, die mit dem Ende des dritten und dem Anfang des vierten Kriegsjahres zusammenfallen, der selbstmütigen verbündeten Armee den treuen Brudergruß des bulgarischen Heeres übermitteln zu wollen. Der Siegesmarsch nähert sich jeden Tag dem sicheren endgiltigen Siege, der früher oder später die gewaltigen Bemühungen der großen und treu zusammenhaltenden Zentralmächde entschädigen wird.
gez. Schefow.

An Generalkommandant Schefow! Eurer Erzengel herzlichsten Dank für die freundlichen Worte, die Sie gelegentlich unserer Erfolge in Galizien sowie beim Abschluß des dritten Kriegsjahres an mich gerichtet haben. Den treuen Brudergruß des bulgarischen Heeres werde ich den Armeen bekannt geben. Ich erwidere ihn aufs herzlichste und gebe gleichzeitig meiner Freude über das feste Entgegenkommen und die hohe militärische Einsicht Ausdruck, durch die Eure Erzengel unser gemeinsames Streben so wesentlich fördern. Bereit werden wir den gewaltigen Krieg siegreich beendigen, damit beide Völker nach einem ehrenvollen Frieden einer neuen Aulzeit entgegengehen können. Das wolle Gott!
Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Internationale Konferenzen.

W.B. Stockholm, 6. Aug. Svenska Telegrammbyran meldet, daß die internationale Sozialistenkonferenz endgültig auf den 9. September festgesetzt ist.

(Berlin, 6. Aug. Die Anberaumung des neuen Termins der Stockholmer Konferenz wird im „Vorwärts“ folgendermaßen erklärt: Die Franzosen und Engländer wünschen diesen Zeitpunkt, weil die Konferenz der Allierten in London am 28. und 29. August, der Kongreß der englischen Arbeiterpartei am 8. September stattfindet. Bemerkenswert sei, daß das Telegramm der Franzosen nach der Sommerferien vom 4. August abgefaßt wurde und Generalfeldmarschall ebenfalls. Auch die Amerikaner würden jetzt in Stockholm erwartet.

(Berlin, 6. Aug. Nach der „Post, Bla.“ halten die Ententeregierungen daran fest, keine Pässe für Stockholm zu erteilen. Die Beteiligung der Ententeländer werde unmöglich gemacht. Ein Stockholmer Blatt äußert mit Bezug auf das Verhalten der französischen und englischen Regierungen gegen die Stockholmer Konferenz: Wenn die Friedens-

aktion der Sozialisten ebenso Schiffbruch erleiden werde, wie das ehrliche Friedensangebot der deutschen Regierung zurückgewiesen worden sei, so bleibe nichts anderes übrig, als Hindenburg und die deutsche Seere. Die Friedensaktion, die diese beiden betrieben, sei harmnädig und fühlbar.

W.B. Bern, 6. Aug. Die Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrates sind gestern in Turin eingetroffen und am Nachmittag nach Rom weitergereist.

W.B. New York, 6. Aug. (Neuer.) Der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes, Gompers, hat eine Erklärung veröffentlicht, daß nach seiner Meinung eine internationale Konferenz von Arbeitervertretern aller Länder unzulässig und sogar schädlich sei.

Der Seekrieg.

Ergebnisse zur See.
W.B. Rotterdam, 6. Aug. Der „Maasbode“ meldet, daß der italienische Dampfer „Carol“ (5573 Bruttoregistertonnen) auf der Fahrt von England nach Italien torpediert wurde. Der schwedische Dampfer „Anna“ ist gestrandet und befindet sich in gefährlicher Lage.

Strittige Verfertigungen.

W.B. Berlin, 6. Aug. Deutsche U-Boote hoben am 13. März d. J. den niederländischen Kantdampfer „La Campine“ und am 26. April d. J. den niederländischen Fischdampfer „Mettefeldy“ versenkt. Von den Kommandanten der U-Boote wird auf Grund ihrer Ortsbestimmungen angenommen, daß die Verfertigungen innerhalb des mit der Erklärung der deutschen Regierung vom 31. Januar 1917 bezeichneten Seepergebietes stattgefunden haben. Dagegen nimmt die niederländische Regierung auf Grund der Angaben der Schiffsbekantungen an, daß die beiden Dampfer sich zurzeit der Verfertigungen außerhalb des Seepergebietes befanden. Bei dieser Gelegenheit sind die beiden Regierungen übereingekommen, die Lafrage, ob die Verfertigungen innerhalb oder außerhalb des erwähnten Seepergebietes erfolgten, durch eine internationale Kommission entscheiden zu lassen. Für den Fall, daß die Aufklärung der niederländischen Regierung sich als richtig herausstellen sollte, hat sich die deutsche Regierung zum Ausdruck des Bedauerns und zur Gewährung einer angemessenen Entschädigung bereit erklärt. Die Kommission, die inzwischen in Haag zusammentrat, besteht aus einem deutschen und einem niederländischen Seeoffizier, sowie einem schwedischen Seeoffizier als Obmann. Sie hat sich in Ansehung der „Amelabot“ für die niederländische Auffassung entschieden. Bezüglich der „La Campine“ steht die Entscheidung noch aus.

Die U-Boots-Gefahr.

* Bern, 6. Aug. „Daily Mail“ schreibt in einem „Alarmgebrachter Optimismus“ überschriebenen Leitartikel: Die Deutschen behaupten, daß sie monatlich 300 000 Tonnen versenken und von Ende Februar bis Ende Juni 4 600 000 Tonnen versenkt haben. Wir haben gegenüber der Gewissheit, daß die Schiffe in einem der Offenheit und unbekanntem Tempo versenkt werden, ein Programm, bisher aber lediglich ein Programm, das monatlich 340 000 Tonnen verfrachtet. Unter den Leuten, denen die Einzelheiten der Schiffversenkungen bekannt sind, herrscht sehr stark das Gefühl, daß der von den hohen Beamten bekundete Optimismus nicht am Platze ist. Die Berater des Premierministers mögen eine optimistische Rose zur Täuschung des Feindes für angezeigt erachten. Es besteht aber die große Gefahr, daß er selbst und das Land getauft werden.

* Berlin, 6. Aug. Das Riverpooler „Journal of Commerce“ schreibt: Es sind wieder einmal Gerüchte im Umlauf, daß neuere größere deutsche U-Boote in Auftrag gegeben worden sind, die so stark armiert sein sollen, daß sie bewaffneten Handelsschiffen mehr als überlegen sind. Es werden viele U-Boote dieser Art auf die See losgelassen mit dem Befehl, alles zu versenken, was sie zu Gesicht bekommen. Sie werden eine gewaltige Vernichtungsmacht gegen unsere unbesetzten wie unbewaffneten Schiffe darstellen. Es ist durchaus wahr, daß der deutsche Kaiser feststellt hat, daß das Gerüderholen des amerikanischen Heeres nach Europa so viel Transportmittel in Anspruch nimmt, daß die ganze Tonnage, mit der die Vereinigten Staaten die Verbündeten unterstützen könnten, aufgebraucht werde. Wir werden das Transportproblem also im wesentlichen selbständig zu lösen haben. Die Gefahr ist noch keineswegs überstanden.

Aus dem Reich.

Gegen Erzberger

Ist am Freitag in einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Schweidnitz-Striegau ein Beschluß gefaßt worden. Nachdem Prof. Dr. Ziesche über die politischen Folgen des Erzberger-Vorlages gesprochen hatte, wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:
„Die Zentrumspartei des Wahlkreises Schweidnitz-Striegau stellt sich auf den Standpunkt des Reichstagsauschusses der deutschen Zentrumspartei und der Breslauer Parteifreunde. Die Versammlung weist befor auf die schweren Verantwortlichkeiten hin, die das Zentrum treffen, und erklärt, daß für die Maßnahmen des Abg. Erzberger nur er selbst verantwortlich sei.“

Hausbesichtigung.

In Hannover trat am Sonntag der 38. Verbandstag des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands zusammen. Der Verbandsvorsitzende teilte mit, daß während des Krieges der Zentralverband durch den Beitritt mehrerer Landesverbände um 200 Vereine gewachsen ist. Ueber gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Hausbesitzes auf dem Gebiet des Hypothekensystems berichteten Geh. Justizrat Dr. Garnier-Kassel und Justizrat Dr. Wild-Emmrich. In den vorgelegten Leitfragen werden die geschiedenen Schutzmaßnahmen als unzulänglich bezeichnet. Die Möglichkeit einer Einigung sälliger Hypothekendapitalien durch den Richter sieht nicht die Sicherheit, um den Hausbesitz zu erhalten. Grundfalsch sei ein gesetzlicher Ausschluß der Rückforderung sälliger Kapitalien während der Dauer des Krieges und für eine angemessene Frist nach dem Krieg zu erstreben. Zwangsversteigerungen sollten während des Krieges nach Möglichkeit nicht durchgeführt werden. Der Zuschlag zu einem Mißgebot, das hinter 2 des für die Erwerbveranlagung zugrunde gelegten Wertes zurückbleibt, solle auf Antrag der nachstehenden Hypothekengläubiger und auch auf Antrag des Eigentümers verlag werden können. Die Eintragung der Schuldveranlagung sei weiter auszubauen. Vorgefahnen wurde ferner die Gewährung zinsloser oder gering verzinslicher Tilgungsdarlehen durch die öffentlichen Körperchaften oder die Umwandlung von Zinsrückständen in eine unverzinsliche Hypothek.

Das Kabinett Michaelis.

Weitere Prekzimmern.

Berlin, 6. Aug. Das führende Zentrumorgan „Germania“ nimmt erst heute abend zum Ministerwechsel Stellung und ist keineswegs unzufrieden. Man wird den ersten innerpolitischen Aufbruch des Herrn Michaelis zunächst unter dem Gesichtswinkel der parlamentarischen Stellung der Regierung zu würdigen haben. Diese auch von Zentrumseite erhobene Forderung haben wir immerhin ausgesetzt, daß der Leiter der Reichs- und Staatsgeschäfte nicht an erfahrenen und geeigneten Männern vorübergehen sollte, weil sie dem Parlament angehören. In dieser Richtung ist tatsächlich ein bemerkenswerter Fortschritt zu verzeichnen. In der Sache ein Reichstagsabgeordneter in das preussische Staatsministerium einzuführen und in der Sache ein preussischer Landtagsabgeordneter in das Reichsamt zu übernehmen. Heute, die immer noch so fürchtigen, an eine große Umwälzung in der Richtung auf das parlamentarische Regime zu glauben, werden natürlich heute unglücklich sein. Der erste Zentrumsmann auf einem preussischen Ministerposten ist ohne Frage ein Ausfluß grundsätzlicher Abkehr vom alten Axiom, daß man in Preußen, um Minister zu werden, konterbätig gerichtet sein müsse, und weiter links höchstens ein Nationalliberaler einmal Gnade finden könne.

Berlin, 7. Aug. Ueberblickt man die Namen der neuen preussischen Minister, so empfindet man, fast die „preussische Zeitung“, den Eindruck, als habe der Reichskanzler Dr. Michaelis das Ziel gehabt, ein korrektes, sachgemäßes Beamtenministerium zu bilden. Auch das ist nicht zu unterschätzen. Ob es auch gerade in der kommenden Zeit ausreichen wird, ist eine andere Frage.

Berlin, 7. Aug. Der „Vorwärts“ meint, daß der Handel der in der Ernennung eines Sozialdemokraten zutage trete, sich auf eine Aenderung der maßgebenden Auffassungen beschränke über die Eignung der Sozialdemokraten zum Staatsdienst. Man werde keinen Beamten oder Angestellten des Reiches oder des Staates mehr daran hindern können, sich als Sozialdemokrat zu betonen. Das Ergebnis des Regierungswechsels sei im ganzen, daß keine Partei als solche in die Regierung eintrete und daß alle gegenüber vollkommen freie Hand behalten. Das gelte insbesondere auch von der Sozialdemokratie.

Defer als Ministerkandidat?

Köln, 6. Aug. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin, daß das nunmehr zum Oberbürgermeister Dr. Schwander gewählte Unterstaatssekretariat im Reichsamt des Innern auch dem fortwährenden Abgeordneten Defer angeboten worden ist. Defer, der bekanntlich leitender Redakteur an der „Frankf. Ztg.“ ist, hatte abgelehnt, da er annahm, daß ihm auf dieser seiner bisherigen Tätigkeit und dem neuen Amt zu starke parteipolitische Schwierigkeiten erwachsen würden.

Auszeichnungen für den Kanzler und die Staatssekretäre.

Berlin, 6. Aug. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, wurde dem Reichskanzler Dr. Michaelis das Großkreuz des Roten Adlerordens sowie dem Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich und dem Staatssekretär des Reichsfinanzamts Grafen v. Rüdern der Rote Adlerorden erster Klasse verliehen.

Auszeichnungen für die scheidenden Minister.

Berlin, 6. Aug. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist den Staatsministern Dr. Weseler und Dr. von Troitz zu Folge der Schwarze Adlerorden, den Staatsministern Graf v. Schorlemer und Dr. Lenze das Großkreuz des Roten Adlerordens mit dem Ehrenkranz und der königlichen Krone und dem Staatsminister v. Roßell der Rote Adlerorden 1. Klasse mit Ehrenkranz und der königlichen Krone verliehen worden.

Reorganisation der Reichspost.

München, 7. Aug. Die „München-Ansager“ Abendzeitung“ kündigt eine Reorganisation der Reichspost an Haupt und Gliedern an. U. a. soll auch eine neuerliche Erhöhung auf sämtlichen Postgebieten in Aussicht genommen sein. Briefe, Postkarten, Telegramm, Paket- und Zeitungsgebühren sollen um 30 bis 50 Prozent abgemindert werden.

Aus dem Großherzogtum.

Amliche Nachrichten.

Der Großherzog hat der Zahl der von dem Erzbischöflichen Ordinariate bezugsnehmenden drei Bewerber auf die katholische Pfarrei St. Michael, Dekanat Bruchsal, den Pfarrverweser Otto Schneider in Bruchsal, Dekanat Bruchsal, auf die katholische Pfarrei Michaels, Dekanat Engen, den Kaplaneiverweser Stephan Martin in Altschönbach und auf die katholische Pfarrei Weilmünster, Dekanat Reutlingen, den Pfarrverweser Lorenz Henn in Weilmünster ernannt.

Mannheim, 7. Aug. In der Sitzung des Kleinhandelsausschusses der Handelskammer Mannheim wurde das Bedauern ausgesprochen, daß der Kleinhandel bei der wirklichen Geschäftsgang sehr vollständig ausgefallen ist. Eine Vertretung des Kleinhandels auch in der 1. Kammer wurde für wünschenswert erachtet.

Seidlersberg, 7. Aug. Im Alter von 78 Jahren ist Reichsmatrat Dr. Gustav Kulpin, der Vater des Chirurgen Prof. Dr. Edgar Kulpin, gestorben. Er war eine Reihe von Jahren Vorstand der Wapptele im Akademischen Krankenhaus.

Oberstjäger bei Oberbach, 7. Aug. Bei Feldarbeiten warf ein Kriegesgefangener seine Sense auf einen mit Futter beladenen Wagen, auf dem ein Stühler stand, den der Gefangene aber nicht sehen konnte. Die Sense drang dem Knaben durch das Auge ins Gehirn und führte den Tod herbei. (g. R.)

Königsberg, 6. Aug. Aus Straßburg kommt die Nachricht, daß dort Kapuzinerpater Arnulph (Franz Kaber Udr) gestorben ist. Er war hier geboren, 1870 zum Priester geweiht worden und eine Reihe von Jahren in badischen Orten, so längere Jahre in Endingen und Schönbach selbstständig tätig. Mit 64 Jahren ging er zu den Kapuzinern.

Donaueschingen, 6. Aug. Geh. Rat Moos Schulte, einer der angesehensten deutschen Geschichtsforscher, der 10 Jahre lang im fürstlich-badischen und badischen Archivaldienst tätig war und auch als Ordinarius der Geschichte in Freiburg wirkte, vollendete letzter Tage sein 80. Lebensjahr. Zurzeit hatte Geh. Rat Schulte einen Lehrauftrag an der Universität Bonn inne.

Konstanz, 6. Aug. Der Bad. Hauptverein der evang. Gustav-Wesling-Stiftung hielt hier seine Kriegerfeier ab. Zu den Rednern war auch ein Vertreter des evang. Oberkirchenrats erschienen: 34 Vereine waren vertreten. Oberkirchenrat Riez-Nackel wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß dem Verein im Osten neue Aufgaben erwachsen. Siebenbürgen, Polen und Rumänien bedürfen der Unterstützung. Siebenbürgen, Polen und Rumänien, daß dem Bad. Hauptverein 44.000 M. aus Sammlungen zur Verfügung standen. Davon wurden 15.000 M. an den Zentralverband abgeführt, 7.000 M. für die arbeitsfähigen Diakone verwendet und 22.000 M. kamen badischen Diakongemeinden zugute. Die Tagung schloß mit einem Gottesdienst.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 7. August 1917.

Na. Zum 50jährigen Priesterjubiläum des Geistlichen Rats Rüdiger. Aus Anlaß des goldenen Priesterjubiläums des Pfarrherrn der katholischen St. Stephan, des Geistlichen Rats, Stadtdekan und Ehrenbürger Anton Rüdiger, dessen kirchlich: Feiertag am Sonntag unter überaus starker Beteiligung aus allen Kreisen der Karlsruher Einwohnerschaft, darunter auch einer Vertretung des Stadtrats stattgefunden hatte, begab sich heute vormittag 1/12 Uhr eine Abordnung des Stadtrats, bestehend aus dem Oberbürgermeister Siegrist und den Stadträten Bonning, Kappeler, Osterlag und Wivell in das Pfarrhaus der St. Stefankirche, um dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche der Stadtgemeinde unter Ueberreichung eines Blumenkörbchens aus dem Stadtgarten zu überbringen. Der Oberbürgermeister hob in seiner Ansprache insbesondere hervor, daß die bedeutende Entwicklung der katholischen Gemeinde unter der Leitung des Herrn Jubilars sich stets in friedlichem Beistand mit den anderen Konfessionen und im besten Einvernehmen mit der Verwaltung der Gesamtstadt vollzogen habe, rühmte seine Verdienste um die religiöse, sittliche und soziale Wohlfahrt seiner Gemeinde, die auch für die Gesamtheit ein Gewinn seien, und dankte für die Intentionen, die der Herr Geistliche Rat insbesondere auch während der schweren Kriegszeit allen Verfassungen zur Förderung der Not und des Leides und zur Stärkung und Aufrichtung der Seelen hat angedeihen lassen. Der Jubilar dankte in herzlichen Worten für die ehrende Würdigung seiner Tätigkeit und die guten Wünsche der Stadtverwaltung und erwiderte diese aufs Wärmste für das Wohlwollen der Stadt und ihrer Leitung.

Kein unreifes Obst verkaufen. Trotzdem das Abarbeiten, der Verkauf und Kauf von Obst und Beerenfrüchten mit Ausnahme der Stachelbeeren in unreifem Zustande bei Strafe verboten ist, kommen grüne Nüsse in Verkehr. Bei der großen Bedeutung, die den Nüssen für die Delikatessewelt zukommt, sind die Bezirksämter angewiesen, solchen Nüssen nachträglich entgegenzutreten. — Es dürfte überhaupt nur sein, das zum Verkauf kommende Obst einer strengen Kontrolle zu unterwerfen. Für die Obstpreise, die für gutes reifes Obst obliegt sind, bekommt man vielfach unreifes Gallsobst.

Förderung der Eierzeugung. Es wird oft darauf hingewiesen, daß bei fornerloser Fütterung der Hühner zufriedenstellende Eiproduktion erzielt werden können. Da aber der Verdauungsapparat des Geflügels zur Verdauung und Aufzucht von Körnerfutter eingerichtet ist, erschaffen die inneren Organe bei ständiger körnerloser Fütterung und die Eierzeugung läßt ganz bedeutend nach. Durch diese Tatsachen bedingten, richtete die Badische Landwirtschaftskammer eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt mit dem Ersuchen, genügende Mengen von Körnerfutter den Geflügelzüchtern zur Verfügung zu stellen, andernfalls die Eierzeugung sehr leiden wird. Auch das Groß. Ministerium des Innern wurde in dieser Angelegenheit um Unterstützung gebeten. Es ist zu hoffen, daß die maßgebenden Persönlichkeiten die schwierige Lage, in der sich die Geflügelzüchter befinden, zu würdigen wissen und ihnen das Durchhalten ihrer Geflügelbestände, sowie die ihnen auferlegte Eierlieferungsleistung durch Bereitstellung genügender Körnerfuttermengen erleichtern.

Letzte Drahtberichte.

Widertritt des päpstlichen Staatssekretärs.

Berlin, 6. Aug. Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Basel mitgeteilt wird, geht laut „Corriere della Sera“ in vatikanischen Kreisen das Gerücht, Kardinal Casarati beabsichtigt, von seinem Posten als Staatssekretär zurückzutreten.

Amerikanischer Stahl.

Amsterdam, 6. Aug. Die „Times“ melden aus New York: Präsident Wilson hat den Gesandten für den zur Ausfuhr bestimmten Stahl, der nicht für Kriegszwecke der Alliierten benötigt werde, mit Verzicht belegt.

Pour le mérite.

Berlin, 6. Aug. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, erhielt Kapitänleutnant Schwieger den Orden Pour le mérite.

Lügenmeldungen.

Wien, 6. Aug. In verschiedenen Blättern des neutralen Auslandes taucht in letzter Zeit die meist aus Washington kommende Meldung auf, Oesterreich-Ungarn habe die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika angeturnen, oder stehe im Begriff, dies zu tun, um vor seinen Feinden einen Waffenstillstand zu erlangen, oder den gemäßigten Kriegführenden Staaten ein Friedensangebot zu machen. Das Wiener I. u. F. Tel.-Korr.-Bureau ist demgegenüber zu der Erklärung ermächtigt, daß alle diese Nachrichten vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Die französischen Sozialisten über die Ursachen des Krieges.

Paris, 6. Aug. (Privat.) Die Antwort der französischen Sozialisten auf den Fragebogen des holländisch-flandrischen Ausschusses hebt hervor, die Kriegsverantwortlichkeiten hervor, daß in erster Linie England und Frankreich sich in die Welt teilten, aber auch Amerika habe sich dem Kolonialkrieg nicht entziehen können. Marokko sei durch eine Reihe von Gewalttaten in die Hand Frankreichs und Spaniens gekommen, ähnlich wie Bosnien und die Herzegovina in den Besitz Oesterreichs und Tripolis unter die Herrschaft Italiens. Die Balkanstaaten hätten sich statt eines Balkanbundes zu bilden, gegenseitig um Stühle des osmanischen Reiches gestritten. Rußland sei ein ähnlicher Streit wegen Japans mislungen. Deutschland, das hat zur Einigkeit und Befriedigung gekommen, aber in der großen wirtschaftlichen Entwicklung erstickt sei, habe sich notwendigerweise überall an Konkurrenz stoßen müssen. Sein Vergehen habe die Konfliktschärfe mehr und den Augenblick des Konflikts beifügen müssen. Die Sozialisten sprechen fobann von der Gager Konventionen, deren Wirkung durch die geheime Diplomatie und die Unwissenheit, in der man die Wälder gelassen habe, verloren gegangen sei. Ähnlich hätten die Erklärungen der deutschen militärischen Führer gewirkt, die immer wieder betonten, daß Gewalt die ultima ratio sei. Bei Erörterung der unmittelbaren Ursachen des Krieges erklären die Sozialisten, daß die Juliereignisse 1914 geglaubt hätten, daß selbst die demokratischen Regierungen für den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens nicht genug gewonnen waren, der sich unannehmbar aufgegeben hätte, wenn man ihn in die Öffentlichkeit gebracht haben würde. Aus dieser Zurückhaltung gegenüber der Offenheit erkläre sich auch das Vergehen des Angebotes des Jaren auf ein Schiedsgerichtsverfahren. Jares habe am 31. Juli 1914 daran gedacht, Wilson telegraphisch

aufzufordern, Europa den Schiedspruch der Vereinigten Staaten anzunehmen, aber seine Ermordung habe die Ausführung des Planes verhindert. Die anschließenden Ausführungen über die angebliche Ablehnung des Schiedsgerichts seitens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bezwecken, die unmittelbare Kriegsverantwortlichkeit in dieser Hinsicht auf die Mittelmächte zu werfen. Die Anfrage von Schö n in Paris, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes neutral bleiben würde, ist in dem Schriftstück nicht erwähnt. Die These, die die deutschen und österreichischen Sektionen im allgemeinen vertreten hätten, daß es sich nicht lohne, die Verantwortlichkeit festzustellen, dürfe nicht angenommen werden. Es wird dabei an die Verhandlungen im Juli und August 1914 unter Beteiligung Jares, Gooles und Hubsmans erinnert, wo die französische Kammergruppe den Sozialisten aufgefordert wurde, gegen die Militärschritte zu stimmen, aber sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Die französischen Sozialisten hätten erwidert, daß wenn Frankreich angegriffen und besetzt würde, es ihnen nicht möglich wäre, ihr Veto einzulegen und die Mitwirkung an der Landesverteidigung zu verweigern. Diese Haltung würden sie aber erst einnehmen, wenn die französische Regierung ausreichende Beweise für ihren Friedenswillen und ihre Bemühungen zur Vermeidung des Krieges gegeben hätte. Die Frage, wo der Angreifer sei, hätten sich die französischen Sozialisten zu Anfang des Krieges gestellt. Sie hätten sich nicht hinter der Formel verschont, daß alle Regierungen gleichermogen schuldig sind, und daß es unmöglich sei, einen Unterschied zu machen. Sie seien daher nicht überrascht, wenn sich die Internationale eingehend mit der Schuldfrage beschäftige. Ihr Urteil erzwänge die französische sozialistische Partei mit Zuversicht.

Auslandsreise Nadoslawows.

Mosk., 6. Aug. Ministerpräsident Nadoslawow ist heute früh ins Ausland abgereist.

Angriffe gegen die französische Regierung.

Berlin, 6. Aug. Wie dem „Berl. Lokalan.“ berichtet wird, wird Clemenceau immer schärfer und spricht von ihm bekannten Geheimnissen, deren Enthüllung das überlegene Erbe von den Lippen der obersten Machthaber Frankreichs erlösen lassen könne.

Die allgemeine Dienstpflicht in Kanada.

Rotterdam, 6. Aug. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß auch der kanadische Senat die Gesetzesvorlage über die Militärdienstpflicht angenommen hat.

Amerikanische Nahrungsmittel für die Neutralen.

New York, 6. Aug. Der Washingtoner Berichterstatter der „Associated Press“ berichtet, daß demnächst ein Abkommen mit der neutralen Staaten über die Verschiffung von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten getroffen werde. Mehrere neutrale Länder haben bereits versprochen, daß sie die aus Amerika bezogenen Waren nicht nach Deutschland ausführen und sie auch nicht als Ersatz für Lebensmittel, die nach Deutschland ausgeführt werden, verwenden. Die Neutralen werden ersucht anzugeben, wie viel Getreid, Kohlehydrate und Fett sie benötigen, damit ihr Bedarf pro Kopf der Bevölkerung berechnet werden kann.

Mexiko.

Frankfurt, 6. Aug. Ein Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ stellt den Brief eines mexikanischen Freundes aus der Stadt Mexiko vom 7. Juni d. J. zur Verfügung, aus dem folgendes entnommen wird: Es fehlt Bargeld im Umlauf, aber niemand will etwas von einer neuen Papieremission der Regierung hören. Täglich werden neue Steuern auf alles Erdendliche erfunden. Es wird Dich interessieren, zu erfahren, daß das ganze Volk hier passionierte Parteigänger Deutschlands sind; der deutsche Gesandte kann sich nicht auf der Straße zeigen, ohne daß ihm große Sympathiebekundungen bereitet werden. Bei der Feier des Amtsantritts des Präsidenten wurde der Gesandte mehr applaudiert als der Präsident der Republik; das Volk verurteilt, ihn im Triumph auf den Schultern heimzutragen wie einen Lorenzo. Der nordamerikanische Gesandte wurde ausgepfiffen.

Kleine Mitteilungen.

Trossingen (Württemberg), 4. Aug. Eine Windhose hat hier großen Schaden angerichtet. Etwa 20 Häuser wurden beschädigt, darunter ein Dutzend ziemlich schwer. Eine Frau, die auf dem Felde arbeitete, wurde vom Wirbelsturm eine Strecke weit fortgeschleudert und später bestimmungslos, mit Schürfwunden bedekt, aufgefunden. Wieder eine Geheimschlächterei.

Wernigerode, 6. Aug. Wie die „Wernigeroder Ztg.“ meldet, hat die Aufdeckung einer geheimen Schlächterei in Wernigerode, die in der Hauptstraße eine Reihe gewohnter Hotels im März mit Fett verunreinigt, zur weiteren Folge, daß vom 15. August ab die Gabel „Häufig Stollberg“ in Schiefer, „Beder“, „Drei Lammehöhle“ und „Häufig Stollberg“ in Schiefer von Seiten des Landrates in Vermietung geschlossen worden sind. Die großen Hotels bezogen seit langer Zeit große Mengen von Fleisch aus dem verbotenen Fleischhandel und verarbeiten sie für ihre Betriebe. Weitere Schließungen von Hotels stehen in Aussicht. Auch einer Reihe von Händlern, ferner einigen Fleischmeistern in der Umgebung von Wernigerode wurde die Ausfuhr ihres Gewerbes untersagt.

Kaffeeschieber.

Berlin, 4. Aug. Der Kaufmann Otto Boenisch, Lichtentzberg, der Kaufmann Paul Barneck, Berlin, der Kaufmann Karl Lüder aus Barmen, der Kaufmann Oswald Zimmer, Berlin, und der Kaufmann Walter Kiesner, Berlin, Großhandelsfirma 186, sind vom Kriegsernährungsamt als Kettenhändler und Kaffeeschieber ermittelt worden. Sie haben große Mengen Kaffeeschrot in wucherlicher Weise verschoben. Boenisch, der Inhaber der Firma Otto Boenisch, Berlin, einer Großhandlung in Kaffeesurrogaten und Schokoladen, ist bezog den Kaffeeschrot wassermäßig aus Ostindien. Er zahlte für einen Wagon von 200 Zentner einschließlich Verpackung und Fracht bis Berlin 20.584,40 M. und verkaufte den Wagon sofort an Barneck weiter für 85.200 M. Die ganze Leistung für die Boenisch diesen Verdienst eintrug, bestand darin, daß er an die Fabrik in Lichtentzberg, die ihm den Kaffee angeboten hatte, einen Brief schrieb und einen zweiten an Barneck. Für 90 Pfennig Portomulagen — 14.618 M. Verdienst! — Barneck verkaufte die Wagonladung sofort an Lüder, dieser an Zimmer, Zimmer an Kiesner, welcher den Kaffeeschrot mit 3.50 M. des Pfund weiterverkauften wollte. So war also der Kaffeeschrot ohne den Wagon, der auf dem Bahnhalt Bahnhof hand, überhaupt veräußert zu haben, von 1 M. des Pfund auf 3.50 M. gestiegen, aber die ganze Ladung von 20.584,40 M. auf 70.000 M. Als die Kettenhändler auf dem Anhalter Bahnhof erfaßt wurden, um die Ware zu übernehmen, wurden sie von Beamten des Kriegsernährungsamtes schon erwartet und festgenommen. Boenisch, Kiesner und Zimmer wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Aus den Staudesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen.

6. Aug.: Adolf Hall von Diefenbach, Steinbühl hier, mit Marie Scherer von hier; Christian Augenlein von Büdingen, Fußmann a. d. S., mit Sofia Hall von Wörsch; Rudolf Herlenstein von hier, Dreier hier, mit Anna Zoller von Salsbach.

Todesfälle.

4. Aug.: Kath. Gerhart, 56 J., Witwe von Gerhart Gerhart, Eisenbrehen.

Danksagung.

Für die überaus wohlthuende Teilnahme, welche wir beim Heimgange meines lieben Mannes

Rudolf Schmidt-Staub

Hofjuwelier

in so reichem Maße erfahren durften, spreche ich meinen innigen Dank aus.

Karlsruhe, den 6. August 1917. 1905

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Elsa Schmidt-Staub

geb. Schmidt-Achert.

Abstechbänke Gewinde- fräsmaschinen

Fräser 7069

aus **Schnelldrehstahl** und **Kersanzstahl** liefert prompt von erstkl. Fabrik

Ing. H. Schirmer
Karlsruhe in Baden
Hübischstr. 13.

Verkauf nur an Selbstverw. oder Händler mit Erlaubn. schein des Waffn- u. Mun. - Beschaffungsamtes.

Ruhige Witwe aus den besseren Ständen, ohne jeglichen Anhang, wünscht zum 15. September oder 1. Oktober Stellung als

Wirtschafterin oder Gesellschafterin.

Selbige sieht mehr auf gutes Haus als auf hohes Gehalt. Weib. Offerten bittet man an die Geschäftshalle der „Bad. Landeszeitung“ unter Nr. 7068 zu richten.

Bekanntmachung.

Zur Delgewinnung sollen auch in diesem Jahre die Steine von rohen, gefochten oder gedörrten Kirichen, Pfäumen, Zwetschgen, Mirabellen, Reineclauden, Aprikosen (Kirschen nicht), sowie Kürbis-, Apfelsinen-, Zitronkerne gekammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Ablieferung müssen die einzelnen Sorten voneinander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das städtische Gartenamt, Gießgrabenstraße, das Gaswerk I, Kaiserallee und die Gemeindefekretariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3-5 Uhr.

Bei den Sammelstellen werden bezahlt für

Kirichen, Pfäumen, Zwetschgen, Reineclauden, Mirabellen u. Aprikosen-Steine	10 Pf. für das kg.
Kürbiskerne	15 " " "
Apfelsinen- und Zitronkerne	35 " " "

Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allgemeinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzumerfen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen abzuliefern.

Karlsruhe, den 18. Juni 1917. 872

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 2. Klasse der 10. Preussisch-Süddeutschen (236. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am **14. und 15. August 1917** stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 2. Klasse hat bis spätestens **Mittwoch, den 8. August d. S.,** abends 6 Uhr bei den zuständigen Großh. Badischen Lotteriereinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 6. August 1917. 1907



Hausfrauenbund.

Der Hausfrauenbund Karlsruhe beabsichtigt betreffs der

Kartoffel-Versorgung

Städt. Vierordtbad.

Ferientarten zu ermäßigten Preisen für das Schwimmbad vom **1. August bis 15. September** gültig.

Für Erwachsene	6.50 Mark
Für Kinder	4.00 Mark

Großh. Landeshaupthasse

als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

mit Bezugsscheinen vorstellig zu werden. Unter voller Anerkennung der Schwierigkeiten dieser Versorgung für eine Stadt wie Karlsruhe und unter weitgehendster Einsicht für die sonstigen Maßnahmen, glaubte der Hausfrauenbund doch, daß für den Winterbedarf an Kartoffeln eine Ausnahme gemacht werden muß und eine Regelung im Interesse der ländlichen Erzeuger und der städtischen Verbraucher durch **Bezugsscheine** erfolgen kann. Es würden dadurch nicht nur beruhigende Ausblicke für die Einwinterung des Vorrats geboten, sondern auch zur Erhaltung dieses wichtigen Nahrungsmittels wesentlich beigetragen. Eine erhöhte Kontrolle der Bezugsscheine und strengere Handhabung der Vorschriften, würde gleicherweise die Rechtlichen befriedigen, wie den Hausfrauen das Handwerk legen. Wir fordern alle diejenigen, die für **Bezugsscheinverfahren** sind auf, sich unverzüglich in die im **Zimmer 17, Rathaus, Montag, Dienstag, Mittwoch, von 10-1 Uhr und 4-8 Uhr** aufliegenden Listen, die zur Eingabe nötig sind, einschreiben zu wollen. — **Eile tut Not!**

Der Vorstand.

Gebrauchte Sektkorke

(keine Kunstkorke)

zu 30 Pfennig
frei hier kauft 12059

LEONH. HEFELE

Wachenheim, Pfalz.

Städt. Konzert-Haus.

Dienstag, den 7. August:
Der liebe Augustin.
Anfang 8 Uhr.

Mittwoch, den 8. August:
Auf vielseitiges Verlangen zum letztenmal:
Unter der blühenden Linde.
Anfang 8 Uhr. 708

Bekanntmachung.

1. Während der Erntezeit ist die Milchlieferung der Landwirte an das städtische Milchamt ganz bedeutend zurückgegangen. Das Milchamt ist deshalb gezwungen, die Milchmenge aller Vollmilchberechtigten um 10 v. H. zu kürzen. Wir hoffen aber, daß in kürzester Zeit wieder die volle Menge zur Abgabe gelangen kann. Solange die Vollmilch gekürzt werden muß, kann auch Magermilch nur in ganz geringen Mengen oder garnicht abgegeben werden.

2. Durch das Zutragen der Vollmilch in die einzelnen Wohnungen erwachsen Milchhändlern große Schwierigkeiten. Die Vollmilchempfänger werden daher ersucht, den Milchhändlern ihre Arbeit dadurch zu erleichtern, daß sie die Milch entweder im unteren Hausflur oder auf dem Hof in Empfang nehmen. Die Verpflichtung der Milchhändler, die Vollmilch ins Haus zu bringen, besteht nach wie vor.

Karlsruhe, den 2. August 1917. 759

Bürsten und Besen

solide Arbeit, vorzügliches Material, empfiehlt

Blindenvereinigung

von Karlsruhe und Umgebung

Viktoriastrasse 6.

Mittwoch nachmittags von 2 bis 6 Uhr ist das Verkaufslokal geschlossen. 1924

Es ist ratsam,

Reparaturen und Reparaturen über Sommer unarbeiten zu lassen.

1831 Douglasstr. 8, part.

Die Städt. Brodenammlung

Banmeisterstr. 32
— Hinterhaus —

nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel u. entgegen.

Ausgekämmte Haare
kauft zu höchsten Preisen:
OSKAR DECKER, Haarhandlg.
Rathstrasse 32. 1882

Fröbelseminar

für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen m. Abschlussprüf. unt. staatl. Leitung, Karlsruhe, Vorholzstr. 44. Auskunft und Prospekt: Karlsruhe, Hirschstr. 126. Geschäftsstunden täglich, ausser Samstags, 3-4 Uhr. 1875

Der Vorstand der Abt. II des Badischen Frauenvereins.



Underberg

Wahlspruch:

SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.

H. Underberg-Albrächt

RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.



Hoflieferant
Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers,
Königs v. Preussen.



Kammerlieferant
Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich,
Königs v. Ungarn.